



**Parlament**

**Der Grüne Klub im Parlament**  
A-1017 Wien

**Telefon** (01) 401 10 - 6698  
**Telefax** (01) 401 10 - 6793, 6883  
**Email:** [infopool@gruene.at](mailto:infopool@gruene.at)  
**Web:** <http://www.gruene.at>

Frau  
Antonia Wenisch  
Ökologie-Institut

Seidengasse 13  
1070 W i e n

**Dr. Eva Lichtenberger**  
Abgeordnete zum Nationalrat

**Telefon** (01) 401 10 - 6662  
**Telefax** (01) 401 10 - 6882  
**Email:** [eva.lichtenberger@gruene.at](mailto:eva.lichtenberger@gruene.at)

Wien, am 28. Mai 2004

Betrifft: Ihr Schreiben vom 24. Mai 2004

Sehr geehrte Frau Wenisch,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur europäischen Atompolitik. Die von Ihnen gestellten Fragen kann ich allesamt mit einem klaren JA beantworten. Die Grünen kämpfen für einen europaweiten Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie. Die bis heute ungelöste Frage der Entsorgung bzw. sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle ist neben den hohen Risiken im Betrieb eines der Schlüsselargumente für den Atomausstieg. Selbstverständlich sollte beim Umgang mit Atommüll das Verursacherprinzip zur Anwendung kommen. Deshalb sprechen wir uns gegen den Export von EU-Atommüll beispielsweise in ein internationales Lager in Russland aus, zumal die dortigen Sicherheitsstandards nicht dem EU-Standard genügen würden. Österreich würde auch Gefahr laufen, die Glaubwürdigkeit der heimischen Anti-Atom-Politik zu untergraben, wenn österreichischer Atommüll in andere Länder exportiert werden würde.

Eine viel stärkere Beteiligung von NGOs und BürgerInnen an nuklearpolitischen Entscheidungen halte ich für ein ganz wichtiges Ziel. Die Bevölkerung muss bei der Standortsuche und Genehmigungsverfahren von Atomanlagen gleichberechtigt beteiligt werden. Dies sollte auch in allen relevanten EU-Regelungen festgeschrieben werden.

Im übrigen sind wir der Auffassung, dass der Euratom-Vertrag abgeschafft und die einseitige Begünstigung der Atomenergie beendet werden muss. Österreich darf neuen Milliardenkrediten für den Neu- oder Fertigbau von AKW in Osteuropa keinesfalls zustimmen.

Zahlreiche Gründe sprechen für eine Aufhebung des EURATOM-Vertrages und eine Übernahme der erhaltenswerten Artikel (Gesundheitsschutz, Sicherheitskontrolle) in die EU-Verfassung. Neben gesundheits- und Sicherheitsaspekten sprechen auch Wettbewerbsargumente für eine Reform. Die Liberalisierung im Strombereich erfordert verstärkte Transparenz, einen fairen Zugang zu den Stromnetzen, Stärkung der KonsumentInnenrechte und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die StromproduzentInnen. Der EURATOM-Vertrag steht im klaren Widerspruch zu diesen Anforderungen.

Konkret vertreten die Grünen zu Euratom folgende Forderungen:

- Der EURATOM-Vertrag soll in seiner bestehenden Form aufgelöst werden.
- Rasche Abhaltung einer gesonderten EU-Revisionskonferenz
- Der Vertrag soll mit Inkrafttreten der neuen Europäischen Verfassung außer Kraft treten.
- Die weiterhin relevanten Fragen der Sicherheit, des Gesundheitsschutzes, der Entsorgung, des Transports von spaltbarem Material, des Rückbaus von Atomkraftwerken und der Abfallbehandlung sollen in geeigneter Weise vertraglich sichergestellt werden
- Das derzeit herrschende Demokratiedefizit des EURATOM-Vertrages soll behoben werden, das Europäische Parlament künftig mitbefasst werden
- Das europäische Wettbewerbsrecht soll für Atomanlagen uneingeschränkt Geltung haben

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Eva Lichtenberger

P.S.: Selbstverständlich haben Sie mein Einverständnis, diesen Brief auf Ihrer Homepage zur veröffentlichen.